Wie komm' ich durch die Inflation?

[2. Juni 2020 Egon W. Kreuzer](#) [Deutschland - Soziales](#), [Deutschland - Wirtschaft](#), [Euro](#), [Welt - Wirtschaft](#), [Handel](#), [Währungen](#)

Es geht in diesem Artikel um nützliche Hinweise zur Inflationsvorsorge und zum Verhalten in der Inflation. Nicht darum, ob, und wenn ja, wann sie kommt.

In einer Situation, in der von der EU, der EZB und den Mitgliedsländern Billionen aus dem Nichts geschaffen werden, während gleichzeitig die Wirtschaft einen erheblichen Einbruch erleidet, öffnet sich die Schere zwischen der am Markt verfügbaren Liquidität und dem – Corona-bedingt – reduzierten Angebot an Gütern, Waren und Dienstleistungen noch einmal um ein weites Stück, zumal ein guter Teil dieser Billionen nicht direkt in die Finanzsphäre abfließen, sondern erst einmal in der Realwirtschaft ankommen wird, weil die „Bedingungen“ für die Hilfen dies so fordern.

Die ersten Anzeichen der Inflation werden kaum wahrgenommen. Preise steigen ja ständig. Doch wenn die befürchtete Inflation startet, steigen die Preise nicht mehr wegen gestiegener Kosten, sondern wegen des verminderten Geldwertes. Gute Indikatoren für den Geldwert sind Preise für Edelmetalle, bebaute und unbebaute Grundstücke, sowie, mit erheblichen Einschränkungen, der Kurs der eigenen Währung im Vergleich mit anderen Währungen.

Lassen Sie mich ein Beispiel konstruieren:

Ein kleiner Unternehmer hat seine Preise so kalkuliert, dass vom Gewinn nach Unternehmerlohn und Steuern ein Betrag übrig bleibt, von dem er sich ein Kilogramm Gold kaufen kann. Zum Ende des Geschäftsjahres 2015 hatte er dafür etwa 32.000 Euro aufzuwenden. 2016, 17 und 18 genügten noch 35.000 Euro, Ende 2019 musste er jedoch schon 45.000 Euro für ein Kilogramm des Edelmetalls auf den Tisch legen – und heute kosten 1.000 Gramm Gold schon gut 51.000 Euro.

Um sein Ziel, jährlich ein Kilogramm Gold erwerben zu können, zu erreichen, hatte er seinen Gewinn schon Ende letzten Jahres gegenüber 2015 um gut 50% steigern müssen. Wenn nominales Gewinnwachstum in einem stagnierenden Markt mit geringen Wachstumsraten nicht über die Ausweitung des Umsatzes möglich ist, und auch Kostensenkungen beim Personal nicht realisiert werden können, muss er es über den Preis versuchen. Nehmen wir an, in seinen Netto-Preisen waren bisher 10 Prozent Gewinn nach Steuern kalkuliert, dann muss er diesen Gewinnanteil von 10 auf 15 Prozent anheben, was im Verkaufspreis kaum zu spüren ist. Statt 1,00 Euro pro Stück werden jetzt – vereinfacht gerechnet – 1,05 Euro pro Stück fällig. Das geht schon – und der Unternehmer ist sich (zu Recht) keiner Schuld bewusst, denn er hat ja nur den gesunkenen Geldwert kompensiert, also realistisch betrachtet seinen Gewinnanspruch gar nicht erhöht.

Je mehr Geld in Umlauf kommt, um die Nachfrage wieder anzukurbeln, obwohl die Produktion stockt, desto leichter wird es, die höheren Preise durchzusetzen. Erinnern Sie sich doch einfach nur an die Preise für Handdesinfektionsmittel und Masken, die

zu Beginn des Lockdowns gefordert und von vielen bezahlt wurden, weil sie das Geld – als vorsorglich in die Wohnung Verbannte – nicht für anderen Konsum ausgeben konnten und quasi übrig hatten.

Unausweichlich folgt einer solchen Entwicklung irgendwann die Aufstockung der Löhne und Gehälter, der Renten und der Sozial-Transfers, denn auch die „Konsumenten“ wollen ihren Besitzstand wenn möglich wahren, also die gleiche Warenmenge konsumieren können, wie in den vorangegangenen Jahren.

Das treibt die Kosten unseres Unternehmers in die Höhe, hauptsächlich auf der Personalkostenseite, was seinen erwarteten Gewinn nominal schmälert, während der reale Wert seines Gewinns, gemessen am Gold, zusätzlich rückläufig würde, es sei denn, er erhöht den Preis pro Stück jetzt von 1,05 auf 1,15 Euro.

Dass im Beispiel mit „Jahresfristen“ hantiert wird, hat nichts zu bedeuten. Ist der Geldwert einer Währung erst einmal ins Rutschen gekommen, und sehen die Verantwortlichen keine andere Möglichkeit mehr, die Volkswirtschaft zu stabilisieren, als immer mehr Geld zu drucken und unter Volk zu streuen, gibt es bald kein Halten mehr. Inflationsraten von 30 oder 40 Prozent pro Monat, dann 100 oder 200 Prozent pro Woche sind leider unerlässlich, wenn es gelingen soll, das großzügig hinausgejuxte Geld wieder einzufangen.

Hier sei daran erinnert, dass die EZB behauptet, sie könne sowohl die Billionen aus den alten Anleihe-Aufkaufprogrammen als auch die jetzt Corona-halber ausgelöste Geldschwemme wieder einfangen. Wie? Das verrät sie nicht. Die Wahrheit, heute verkündet, nämlich dass sie gar nicht anders kann, als auf die Hyperinflation zu setzen und danach per Währungsschnitt alles wieder auf null zu setzen, wäre der Turbo booster für den Verfall der Gemeinschaftswährung. Da druckt man lieber noch mehr Nullena auf die Scheine, um das Unvermeidliche hinauszuschieben.

Beginnen wir die Geschichte von hinten her aufzudröseln.

Wie wird die Lage in der Währungsunion nach dem Währungsschnitt aussehen? Das Ausmaß des Währungsschnittes wird sich nach dem Umfang der inflationären Aufblähung der Geldmenge richten. Hat die Inflation den Preis für ein Kilogramm Brot auf 20 Euro erhöht, so wird man mit einem Umtauschverhältnis von 10:1, alte gegen neue Währung auskommen. Bei 2000 Euro für das Kilogramm Brot bietet sich ein Umtauschverhältnis von 1000 : 1 an – und so weiter. 2 Millionen Euro für ein Kilogramm Brot sind nicht zwingend die Obergrenze, und ob die Bäcker überhaupt noch ihre Mehlvorräte angreifen, um nahrhaftes, wohlschmeckendes Brot für einen Fetzen Papier einzutauschen, oder ob sie schlicht den Laden dichtmachen und auf die Währungsreform warten, bleibt dahingestellt.

Der Zustand nach dem Währungsschnitt sieht so aus, dass die Zahlen sehr viel kleiner geworden sein werden, sowohl was die Geldvermögen, als auch was die Kreditschulden betrifft.

Ein Startkapital in Form liquider Mittel, das über ein womöglich ausgezahltes „Kopfgeld“ hinausgeht, wird nur der haben, der sein Erspartes in der Phase der galoppierenden Inflation nicht bis auf den letzten Cent aufgebraucht hat. Die Masse

der Menschen wird jedoch ihre kleinen Ersparnisse aufgebraucht haben. Andererseits werden ihre Schulden – im Verhältnis zur Kaufkraft – auch in der neuen Währung Bestand haben und müssen nun mit der neuen, harten Währung bedient werden. Die Hoffnung, die Inflation zerstöre auch die Schulden, ist unbegründet, denn dass die Banken sich mit allem, was ihnen möglich ist, dagegen wehren werden, dass nominal unverändert bestehende Kreditschulden mit wertlosem Inflationsgeld getilgt werden, ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Sachwerte überstehen die Inflation unbeschädigt. Das beginnt mit dem Sack Mehl im Lager des Bäckers. Es trifft aber ebenso auf Schrauben und Nägel in der Werkstatt des Heimwerkers zu. Alles Brauchbare hat wieder einen Wert, der in einem vernünftigen Verhältnis zu seinem Nutzen steht.

Mag sein, dass der Staat versucht, sich an den Sachwerten seiner Bürger zu bedienen, um selbst erst einmal zu Geld zu kommen.

Zwangshypotheken auf Häuser, sind ebenso denkbar, wie der zwangsweise Einzug aller Edelmetalle gegen Entschädigung in der neuen Währung, verbunden mit einer Strafandrohung (mehrjährige Haftstrafe) bei nicht angezeigtem Edelmetallbesitz. Beides hört sich jedoch sehr viel schlimmer an, als es sich auswirkt. Wer die Hyperinflation überstanden hat, ohne sich von seinen Sachwerten trennen zu müssen, und vielleicht sogar noch mit einem mehr oder minder großen Restbestand an Geldvermögen in den Währungsschnitt geschlittert ist, der steht in der Pole-Position für den kommenden Aufschwung.

Um diese Pole-Position zu erreichen, zumindest aber nicht vollkommen abgehängt auf den hintersten Plätzen in der Startformation zu landen, gilt es vorher die beiden entscheidenden Phasen der Inflation zu überstehen, nämlich zu Beginn der inflatorischen Entwicklung die Phase des aktiven Einzelhandels mit steil steigenden Preisen – und, ganz zum Schluss, vor dem Währungsschnitt, die Phase der geschlossenen Läden und Supermärkte, der Massenarbeitslosigkeit, der Schwarzarbeit und des Tauschhandels.

Dazwischen findet sich eine Phase des Staatsinterventionismus. Eine vernünftig geführte Regierung in einem demokratisch verfassten Staat (unterstellt, so was gibt es noch) wird relativ früh versuchen, Grundnahrungsmittel und wesentliche Produkte des täglichen Bedarfs – sicherlich auch elektrische Energie – durch Preiskontrollen, Rationierung und Zuteilung (Lebensmittelkarten) verfügbar – und vor allem bezahlbar – zu halten, um eine Hungerrevolution zu verhindern.

Die gefährlichste Phase der Inflation für das Ersparte, ist die erste, und das in zweifacher Hinsicht:

- Steil steigende Preise verleiten dazu, auf Basis der Erkenntnis, dass das Geld immer weniger wert wird, damit großzügig-leichtfertig um sich zu werfen. Wer so agiert, räumt sein Sparkonto ab – und wird bald blank sein.
- Der schwindende Geldwert ist zugleich die Bezugsgröße für einen späteren Währungsschnitt. Wer 20.000 Euro auf der Hohen Kante hat, angespart in vorinflationärer Zeit, also den ursprünglichen Gegenwert von 10 Tonnen Brot,

wird bei einer Abwertung im Verhältnis 1.000 : 1, weil das Kilogramm Brot auf dem Höhepunkt der Inflation 2.000 Euro kostete, mit 20 Einheiten der neuen Währung nur noch 10 Kilogramm Brot erwerben können

Es gilt: Je früher die Ersparnisse angesammelt wurden, desto dramatischer schlägt der Währungsschnitt als „Geldentwertung“ durch.

Die gefährlichste Phase für das Überleben ist die Schlussphase.

Als 1948 die Einführung der D-Mark die Schlussphase der Reichsmark beendete, ging auch die Zeit der Schwarzmärkte und des Tauschhandels zu Ende. Dieser Tauschhandel beruhte aber im Wesentlichen darauf, dass es in Deutschland eine noch funktionierende, kleinteilige Landwirtschaft gab, bei der jeder Betrieb die Milchkuh und das Mastschwein ebenso im Stall stehen hatte, wie die Hennen auf dem Mist, den einen Acker mit Kartoffeln, den anderen mit Roggen, den dritten mit Kohl bestückt – und Platz genug, um den Segen der Scholle einzulagern, um damit, samt allen regelmäßigen Abnehmern, über den Winter zu kommen.

Dies existiert so nicht mehr. Landwirtschaftliche Betriebe sind nur noch Arbeitsstationen am Fließband der Lebensmittelindustrie und für sich alleine aufgrund der extremen Spezialisierung nicht überlebensfähig. Wenn am hinteren Ende die Supermärkte inflationsbedingt schließen, steht die ganze Kette im Vorfeld still. Die Umstellung der Höfe auf „bäuerliche Landwirtschaft“ ist zwar grundsätzlich möglich, doch bis aus der Legehennenbatterie oder den Maisanbauflächen für die Biogasanlage wieder ein vielfältig ertragreicher Hof geworden ist, vergehen Jahre.

Das heißt in der Konsequenz: Das Angebot der „Tauschwirtschaft“ an lebensnotwendigem Bedarf wird erheblich geringer ausfallen als nach dem verlorenen Krieg in der Zeit von 1945 bis 1948. Wieder wird eine vernünftige Regierung in einem demokratisch verfassten Staat, so es sie noch gibt, eingreifen und über die Preiskontrollen hinaus nun die Landwirtschaft, die Lebensmittelindustrie und den Einzelhandel unter Zwangsbewirtschaftung stellen. Es ist nach menschlichem Ermessen allerdings absehbar, dass der Versuch, einen Sektor der Wirtschaft aus der Inflation herauszunehmen, zum Scheitern verurteilt ist.

Je länger der finale Währungsschnitt auf sich warten lässt – und das hängt davon ab, wie die Chancen aussehen, mit dem Währungsschnitt auch den Großteil der Staatsschulden abzuschütteln – desto intensiver werden die Verteilungskämpfe auf die Straßen verlagert und sich in Plünderungen, Raubüberfällen und Diebstählen auf kriminelle Weise Bahn brechen. Ein Blick auf die aktuelle Lage in den USA zeigt, dass selbst ein mit Polizei und Heimatschutzeinheiten ganz massiv aufgerüsteter Staat der Lage nicht mehr Herr werden kann, es sei denn, er setzt militärische Gewalt ein.

Was also tun?

Es gibt kein Patentrezept für konkrete Maßnahmen, das für jede persönliche Situation gleichermaßen sinnvoll zutreffen würde. Doch es gibt eine ganz pauschale Empfehlung, die jeder für sich selbst im Rahmen seiner Möglichkeiten und Bedürfnisse konkretisieren kann, und die lautet:

Reduzieren Sie Ihr in langen, guten Jahren angespartes Geldvermögen bis auf eine Notfallreserve, die in der frühen inflationären Phase mit noch relativ niedriger Inflationsrate noch einen Sinn macht, und legen Sie sich stattdessen langlebige, wertbeständige Sachwerte zu.

Es folgen einige ziemlich verrückt klingende Vorschläge, die einzig den Zweck haben, Ihre eigene Fantasie anzuregen und eigene Ideen zu entwickeln, die über die üblichen Empfehlungen (Gold, Immobilien, Antiquitäten, etc.) sinnvoll hinausgehen.

- **Reparaturen und vorsorgliche Instandhaltung**
Sinn macht es praktisch immer, die gesamte Beleuchtung der Wohnung auf LED umzustellen, und das ist für wenig Geld zu realisieren.
Werkelt im Keller eine in Ehren ergraute Waschmaschine, von der angenommen werden muss, dass sie bald den Geist aufgeben wird, dann sollten Sie über eine Ersatzbeschaffung nachdenken, im Zweifelsfall, und falls Sie Platz genug haben, können Sie die neue ja einfach vorsorglich einlagern – für den Fall der Fälle. Besser jetzt 600 Euro vom Ersparten aufwenden als später 6.000, oder?
Ihr Haus ist in die Jahre gekommen, die Dachrinne leckt und die Ziegel sind dick bemoost? Lassen Sie einen Experten aufs Dach, und wenn der zurät, dann beauftragen Sie einen Dachdecker mit der Sanierung.
Denken Sie auch an sich selbst. Es könnte sein, dass der Gang zum Zahnarzt und die von diesem empfohlene Gebissanierung heute noch bezahlbar ist.
- **Vorratshaltung**
Statt sich noch einmal einen Kubikmeter Toilettenpapier zuzulegen, sollten Sie sich fragen, ob Sie nicht andere, weniger Platz beanspruchende und nicht verderbliche Waren des persönlichen Bedarfs auf Vorrat beschaffen könnten. Das fängt mit der Unterwäsche an. Gehen Sie einfach davon aus, dass ein Zeitraum von etwa zwei Jahren auf uns zukommt, in dem die Verfügbarkeit selbst ganz trivialer Waren schwindet, während die dafür geforderten Preise in abenteuerliche Höhen steigen. Dann fällt Ihnen schon etwas ein.
Unternehmer, vor allem Handwerker, die vorsorgen wollen, werden sich aus dem gleichen Grund Vorräte an Material zulegen. Just in time wird nicht immer sein ...
- **Liquiditätsmanagement**
Mit vorsorglicher Instandhaltung und sinnvoll möglicher Vorratshaltung verringern Sie das Risiko eines ad hoc auftretenden Liquiditätsbedarfes in der heißen Phase der Inflation erheblich. Daher gilt es das Augenmerk auf jene laufend anfallenden Kosten zu richten, deren Anfall nicht vorgezogen werden kann. Hier spielen die Kosten für das Wohnen eine herausragende Rolle. Der Staat wird den Mietern beim Tragen dieser Last helfen, dennoch ist damit zu rechnen, dass der „Eigenanteil“ der Mieter wachsen wird, wenn auch nicht im vollen Umfang der Inflation. Im Zweifelsfall wachsen die Mietschulden – Zwangsräumungen werden kaum noch durchsetzbar sein. Wer jedoch sowieso vorhat, weil die Kinder aus dem Haus sind, eine kleinere Wohnung zu suchen, sollte dieses Projekt jetzt intensiver vorantreiben.

Wenn auch die Löhne der Inflation nachhinken, wird es für alle, die einen Job haben, bis in die oben beschriebene Schlussphase möglich sein, zwischen Einkommen und Lebenshaltungskosten halbwegs die Balance zu halten. Hart wird es für die in der Inflation steigende Zahl von Arbeitslosen aller Gehaltsklassen – und für die Rentner, deren Bezüge voraussichtlich viel zu spät an die steigenden Preise angepasst werden. Menschen mit Qualifikationen, die auf dem Schwarzarbeitsmarkt nicht nachgefragt werden, haben nur wenig Chancen, etwas hinzu zu verdienen. Sie sind, um über die Runden zu kommen, auf ein werthaltiges, allgemein akzeptiertes Tauschmittel in kleiner Stückelung angewiesen. Ein paar Feinunzen Silber in Form von Anlagemünzen, derzeit für rund 16 Euro pro Stück zu haben (nicht die überteuerten Sammlermünzen!) können da helfen, Kaufkraft durch die Inflation zu retten.

Nein, ich kann Ihnen nicht sagen, wann es losgehen wird.

Allerdings sehe ich keinen Grund, warum Sie nicht heute damit beginnen sollten, sich darauf vorzubereiten. Denn:

**Der wahre Sachwert in der Hand
schlägt allemal den Kontostand.**